

Hans Vorländer, Thomas de Maizière

Über den Zusammenhalt der Gesellschaft

AUFTAKTVERANSTALTUNG DES SFB 804 „TRANSCENDENZ UND GEMEINSINN“

***Welche Voraussetzungen, Bedingungen
und Ressourcen sind notwendig für die
Konstituierung und Stabilität von sozialen
und politischen Ordnungen?***

Der von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanzierte geistes- und sozialwissenschaftliche SFB 804 wurde zum 01. Juli 2009 an der TU Dresden eingerichtet.

Der SFB 804 umfasst 20 Teilprojekte aus drei Fakultäten und neun Instituten der TU Dresden.

Neben der TU Dresden sind am SFB 804 zudem die Universität Turin und die Università degli Studi della Basilicata in Matera, Italien, sowie die Universität Zürich beteiligt.

INTERNET | www.sfb804.de

Sonderforschungsbereich 804
Zentrale Geschäftsstelle/Öffentlichkeitsarbeit
TU Dresden
01062 Dresden





Vorwort

Am 14. April 2010 stellte sich der neue Dresdner Sonderforschungsbereich „Transzendenz und Gemeinsinn“ der Öffentlichkeit vor. Die Veranstaltung fand im Festsaal der Dresdner Dreikönigskirche statt – ein Ort, an dem sich nach den revolutionären Ereignissen von 1989 und 1990 die Demokratie in Sachsen wiederbegründete. Dort konstituierte sich der Sächsische Landtag und wurde die neue Sächsische Verfassung verabschiedet. Im Folgenden wird die Grundsatzrede des Bundesministers des Innern, Dr. Thomas de Maizière, dokumentiert. Es ist eine bemerkenswerte Rede, nicht nur, weil der Minister sich auf die Thematik des Sonderforschungsbereiches einließ, sondern weil auch eine präzise Aufgabenstellung für den Staat im Prozess der Herstellung gesellschaftlicher Integration entwickelt und dabei der aktiven Bürgergesellschaft ein breiter Raum gegeben wurde. An der anschließenden Diskussion nahmen die Politikwissenschaftlerin Gesine Schwan, der Historiker Paul Nolte und der Theologe Friedrich Wilhelm Graf teil. Vorangestellt sind die einführnden Bemerkungen des Sprechers des Sonderforschungsbereiches. „Ihr Sonderforschungsbereich wirft einen neuen Blick auf die Grundlagen menschlichen Zusammenlebens“ – so formulierte der Bundesinnenminister. Die beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des SFB 804 hoffen sehr, alsbald mit neuen Erkenntnissen aufwarten und sie der Öffentlichkeit präsentieren zu können.

Hans Vorländer
Sprecher des SFB 804 „Transzendenz und Gemeinsinn“



Vor dem Wandgemälde von Werner Juza: Friedrich Wilhelm Graf, Thomas de Maizière, Hans Vorländer, Gesine Schwan und Paul Nolte. FOTO: BMI/HANS-JOACHIM M. RICKEL

Inhaltsverzeichnis

05

Hans Vorländer

Was die Welt im Innersten zusammenhält

12

Thomas de Maizière

Was hält die demokratische Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland zusammen?

32

Impressum

Hans Vorländer während der Eröffnungsrede.
FOTO: BMI/HANS-JOACHIM M. RICKEL



Prof. Dr. Hans Vorländer

Was die Welt im Innersten zusammenhält

Wir freuen uns außerordentlich, dass Sie so zahlreich unserer Einladung zur öffentlichen Auftaktveranstaltung des neuen Sonderforschungsbereiches „Transzendenz und Gemeinsinn“ in die Dreikönigskirche gefolgt sind. Ein symbolisch hoch aufgeladener Ort, was nicht nur das Wandgemälde, „Die Versöhnung“ von Werner Juza, zeigt. Die Dreikönigskirche war auch der Ort, an dem nach der Revolution von 1989 und der Wiedervereinigung zunächst einmal der Sächsische Landtag, auch in seiner Eigenschaft als verfassungsgebende Versammlung des Freistaates Sachsen, zusammenkam. Hier, an diesem Ort, wurde die Sächsische Verfassung beschlossen. Die Dreikönigskirche ist also, wie einige sagen, die „Sächsische Paulskirche“. In ihr vollzieht sich die Wiederbegründung der Demokratie in Sachsen, auch deshalb sind wir heute hier.

Ich heiße Sie alle ganz herzlich willkommen.

Was die Welt im Innersten zusammenhält, ist gewiss nicht die anspruchsloseste Frage, die sich Wissenschaftler vorlegen können. Eine Frage von Faustscher Dimension, die die Triebkräfte wissenschaftlicher Erkenntnissuche immer wieder aufs Neue zu mobilisieren versteht. Gerade in diesen Tagen, um zunächst nicht von uns als den Geistes- und Sozialwissenschaftlern zu sprechen, bewegen wir uns im „Trommelfeuer der Urknälle“ (DIE ZEIT). Milliarden wurden investiert, mit Hilfe des Large Hadron Collider – auf deutsch: Großer Hadronen-Speicherring – unter der Erde von Genf und im benachbarten Frankreich Teilchen mit bisher unerreichten Energien so zu beschleunigen, dass sie den Urknall simulieren, um so das vermeintlich noch fehlende letzte Elementarteilchen, das so genannte Higgs-Teilchen des Standardklärungsmodells, und damit auch die erhoffte Weltformel zu finden. Eine „Theorie für alles“, die Relativitätstheorie und Quantenphysik vereinigt, das wäre dann

die Antwort auf die Faustsche Frage. Wir würden das Universum erklärt haben – oder eben auch nicht. Wissenschaft ist risikoreich und kann in ihren Erklärungsversuchen scheitern.

Wie schlage ich nun den Bogen von der Teilchenphysik zu dem, was uns hier und heute und den neuen Sonderforschungsbereich in den nächsten Jahren interessieren soll? Nun, es geht um Grundlagenforschung und es geht um die Frage nach der Ordnung. Gemeinhin gehen wir davon aus, dass es etwas gibt, was die Welt zusammenhält. Unsere Existenz, so scheint es, wäre ohne Sinn, wenn wir nicht das Prinzip dieser Ordnung, den inneren Zusammenhang, vorstellen, erklären und erzählen können. Und weil hinter den Modellen der Teilchenphysik komplizierte Theorien stecken, die zu überblicken nicht nur einem Laien schwerfallen, operieren wir in unseren Beschreibungssprachen mit Metaphern von „Schwarzen Löchern“, die beschleunigte Teilchen in die Materie hineinreißen. Auch Physiker sprechen gerne von dem „Gottesteilchen“, einem Teilchen, das dem Gottesplan zugrunde liegt und das wir nicht, noch nicht, zu kennen glauben.

Es scheint also, als wenn in dem physikalischen Versuch, die Welt zu erklären, immer ein Stück Metaphysik mitschwingt. Was noch nicht erklärbar ist, also unsere erklärbare Welt übersteigt, wird gleichwohl bemüht, um unserer Ordnung Sinn zu geben, sie verstehbar zu machen. Wir versuchen anscheinend das Nicht-Erklärbare, auch das Nicht-Verfügbare, in Worte zu fassen, um unserer Gegenwartsdeutung, unserem Selbstverständnis einen Ankergrund oder Fluchtpunkt zu geben.

Die Religion hat lange die Sprache und die Bilder, den kulturellen Code bereitgestellt, um dem Unerklärbaren einen Namen und unserer sozialen Welt einen Sinn zu geben. Und dort, wo Religion in einem christlichen oder monotheistischen Sinn an Bedeutung zu verlieren scheint, stoßen wir immer noch auf andere Phänomene einer quasi sä-

kularen Religiosität: Vom Gottesplan des Universums über die Kathedralen der Technik, den Prozessionen zu und den liturgischen Gesängen in den Fußballstadien bis hin zu den Tempeln der Kunst. Wie heißt es doch über dem Eingang der Galerie Alter Meister hier in Dresden? „Willkommen im Heiligthume der Kunst“. Es scheint also, als lebten wir mit großen und kleinen, religiösen und nicht-religiösen Transzendenzen und lassen uns von ihnen Orientierung und Sinn geben.

Meine Damen und Herren, der Sonderforschungsbereich 804 „Transzendenz und Gemeinsinn“ untersucht die Frage, wie sich soziale und politische Ordnungen begründen und stabilisieren lassen. Oder anders formuliert: Was hält eigentlich soziale und politische Ordnungen zusammen und was gefährdet ihren Zusammenhalt? Viele Gewissheiten sind heute brüchig geworden, Traditionen, Gewohnheiten und Glaubensüberzeugungen sind keine Lebensführungsmächte mehr. Sie geben, wenn überhaupt noch, dann nur bedingt Orientierung.

Auch die so genannten „großen Erzählungen“ von Aufklärung und Vernunft, Fortschritt und Weltverbesserung haben viel von ihrer Überzeugungskraft verloren. Unsere Gegenwartsmoderne scheint ernüchtert, desillusioniert und bisweilen auch ratlos und erschöpft zu sein. Die Veränderungen in den Gesellschaften, soziale Verwerfungen, kulturelle Differenzen, die Probleme von Migration und demographischer Komposition, verunsichern genauso wie die weltpolitischen Verschiebungen – nicht nur in den machtpolitischen Kraftfeldern, sondern auch in den ökonomischen und technologischen Entwicklungsperspektiven – den Zukunftsprospekt eines europäisch-transatlantisch fundierten Weltbildes verdunkeln.

Damit geht nun, wie die Wochenzeitschrift DIE ZEIT anlässlich der Einführung neuer redaktioneller Seiten unter dem Titel „Glauben und Zweifeln“ vor kurzem befand, ein „enormes Interesse an den Weltreligi-

onen, an den Fragen nach dem Sinn des Lebens und den Werten, die eine Gesellschaft heute zusammenhalten“, einher. Die Renaissance des Religiösen kann als Ausdruck einer Suche nach Halt in unübersichtlichem Terrain gedeutet werden, genauso wie die politische und sozialwissenschaftliche Diskussion unlängst einen neuen Diskurs über die Bürgergesellschaft und die Erzeugung von Sinn und Bindungen für Bürger und Gemeinschaft begonnen hat. Die „Wiederkehr der Götter“, um einen Titel von Friedrich Wilhelm Graf zu zitieren, zeigt zum einen, dass der Säkularisierungsprozess weder so durchgreifend noch so unumkehrbar zu sein scheint, wie wir lange annahmen. Zugleich werden moderne Gesellschaften mit der Frage der Neujustierung des Verhältnisses von Staat und Religion, individueller Glaubensfreiheit und öffentlicher Repräsentation des Glaubens, konfrontiert. In diesen Diskurslagen werden die Grundfragen sozialer und politischer Ordnungen verhandelt. Genau das wollen wir untersuchen.

Dabei suchen wir nicht eine „Theorie für alles“, wenngleich wir schon daran interessiert sind, die schwarzen Löcher unseres Ordnungsdenkens aufzuhellen. Wichtige Elementarteilchen könnten unsere Begriffe Transzendenz und Gemeinsein sein. Wir wollen untersuchen, wie Individuen einen Sinn für das Gemeinsame entwickeln und wie der gemeinsame Sinn aller zu verstehen ist und welche Bedeutung er für den Zusammenhalt von Ordnungen hat. Wir wollen aber auch schauen, welche Transendenzen für die Sinnerzeugung notwendig sind.

Dabei denken wir nicht nur an Religion, sondern auch an solche Erscheinungen, die von einigen als „unsichtbare Religion“, von anderen als Quasi- oder Ersatzreligion bezeichnet werden. Manchmal sprechen wir von Zivilreligion, wenn wir ein bestimmtes Glaubensbekenntnis der Bürger in einem säkularen Staat meinen. Kritisch sprechen wir von politischen Religionen, wenn es um Ideologien mit hoher Kraft der Verführbarkeit und der Mobilisierung von Massen geht. Aber es geht nicht

allein um die großen, metaphysischen oder politischen Potenziale der Transzendenz, auch der Alltag scheint von Praktiken der Sinnstiftung durchzogen zu sein, die mit Transzendenzenergien aufgeladen sind.

Wie anders ist es zu verstehen, wenn tagelang Apple-Kunden – ich meine die Computer, nicht die Äpfel – „in ritueller Demut vor den Apple Stores ausgeharrt haben, vor allem vor dem Glaskubus in Manhattan, einer unterirdischen Konsum-Krypta, in der man das heilige iPad beschmusen darf wie einst Aron das Goldene Kalb“, wie ein aufmerksamer journalistischer Beobachter (Thomas Assheuer in DIE ZEIT) notiert hat. In einer Welt von Computern und Internet wird der Besitzer des iPads zum Teilhaber eines virtuellen sozialen Zusammenhalts: „Die Apple-Religion...verspricht dem Subjekt hoch und heilig, dass es im alternativlosen Chaos der unverbesserlichen Welt nicht aus dem Netz fällt oder in den Schwarzen Löchern der Kommunikation auf immer verschwindet. Apples iPad garantiert Zugehörigkeit und Ordnung urbi et orbi“ – und das in der Osterwoche!

Meine Damen und Herren, nicht alles wollen wir erklären; wir erfahren, wie es sich für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gehört, exemplarisch und methodisch streng kontrolliert. Was wir im Einzelnen tun werden, darf ich Ihrer freundlichen Aufmerksamkeit anheim stellen, mit der Sie bitte die Broschüre, die Sie am Ausgang später erhalten werden, bedenken mögen.

Der Sonderforschungsbereich 804 „Transzendenz und Gemeinsein“ existiert nun seit mehr als einem halben Jahr. Er umfasst 19 Teilprojekte aus drei Fakultäten und neun Instituten der TU Dresden sowie Partner der italienischen Universitäten Turin und Matera und der Universität Zürich. Der Sonderforschungsbereich besitzt auch ein Integriertes Graduiertenkolleg zur Ausbildung von Doktorandinnen und Doktoranden und internationalen Stipendiaten. Dieser Sonderforschungsbereich ist ei-

ner der größten Sonderforschungsbereiche der Deutschen Forschungsgemeinschaft in den Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften: über 100 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werden in den nächsten Jahren in Dresden forschen. Der Deutschen Forschungsgemeinschaft ist zu danken, dass sie nach einem sehr aufwendigen und kompetitiven Begutachtungsverfahren die dafür erforderlichen Mittel in erheblicher Höhe bereitstellt und damit Dresden und seine Universität zu einem hochattraktiven, international sichtbaren Standort geistes-, sozial- und kulturwissenschaftlicher Grundlagenforschung macht.

Das Forschungsprogramm ist ein historisches und systematisches. Es reicht vom nachexilischen Israel, dem republikanischen Rom, dem frühen Christentum über die Adelsgesellschaften des Mittelalters, den Kirchenbau, die Malerei der Frühen Neuzeit, die Aufklärung, die Architektur, Theologie, Technik und Kunst bis zu den Fragen, was die Gesellschaften der Moderne zusammenhält. Neben die historische tritt die Gegenwartsdiagnose. Und damit sind wir – endlich, wie Sie wohl gerne anmerken wollten – beim Thema des heutigen Abends und beim Hauptredner angelangt.

Es ist uns eine große Ehre und Freude, dass kein Geringerer als der Bundesminister des Innern diese Veranstaltung eröffnet. Der Bundesinnenminister ist zuständig für die „Innere Sicherheit“, er ist „Sportminister“, er ist „Verfassungsminister“. Er ist aber auch der Minister für den „inneren Zusammenhalt der bundesdeutschen Gesellschaft“ – wie der jetzige Inhaber des Amtes, Thomas de Maizière, in einer bemerkenswerten Akzentsetzung sein Selbstverständnis skizziert hat. Wir haben ihn beim Wort genommen, eingeladen, und er hat zugesagt. Dafür gilt ihm unser herzlicher Dank.



Was hält die demokratische Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland zusammen?

1887 erschien ein Buch, das für unser Thema des gesellschaftlichen Zusammenhalts mitsamt seiner Wirkungsgeschichte sehr aufschlussreich ist. Ich meine Ferdinand Tönnies' soziologisches Grundlagenwerk, das zwei Formen menschlichen Zusammenlebens herausgearbeitet und einander gegenüberstellt hat: „Gemeinschaft und Gesellschaft“.

Tönnies setzt die gefühlsbetonte, überschaubare, von starken Bindungskräften getragene, auf das Gemeinwohl ausgerichtete Gemeinschaft als Idealtyp von der rational-interessengeleiteten, komplex organisierten Gesellschaft ab. Die Gesellschaft, das ist für ihn eine Sozialform, die im Wesentlichen davon zusammengehalten wird, dass ihre Mitglieder einzelne Eigeninteressen besser zusammen verfolgen können. Das war es dann aber auch schon.

Als Reaktion auf die tiefgreifenden Umbrüche durch die Industrialisierung und Verstädterung wurde diese Gegenüberstellung von Gemeinschaft und Gesellschaft von der bürgerlichen Jugendbewegung, den Wandervögeln und anderen Reformbewegungen begeistert aufgenommen.

Man wollte gleichsam aus der Gesellschaft auswandern auf der Suche nach einer reinen, unschuldig gebliebenen, echten Gemeinschaft, die ein Gegenmodell zur modernen Gesellschaft bilden könnte. Vieles davon entpuppte sich als wirres, aber zunächst harmloses Traumbild. Bitterste Erfahrungen haben wir Deutsche dann dagegen mit der völkischen Aufladung dieses Gemeinschaftsbegriffs gemacht.

In der Frage nach dem Verhältnis von Gesellschaft zu Gemeinschaft spiegelt sich aber ein Bedürfnis der Menschen wider nach gemeinsam geteilten Werten, die nicht auf Kalkül und Nutzen beruhen, sondern auf Akzeptanz, Vertrauen und Geborgenheit, und das in möglichst über-

schaubaren sozialen Einheiten.

Jede Gesellschaft, auch unsere Gesellschaft, braucht Menschen, die ihr Handeln in die Perspektive einer umfassenderen Verantwortung rücken. Und unsere Gesellschaft hat immer wieder bewiesen, dass sie auch in Zeiten des Umbruchs in der Lage ist, genügend solche Menschen hervorzubringen und soziales Kapital zu bilden und zu bewahren.

Statt unserer Gesellschaft ein Gemeinschaftsdefizit vorzuhalten, sollten wir lieber nach gemeinschaftsfördernden Kräften in unserer Gesellschaft fragen. Es ist die Frage nach den Pfeilern, die den in seinen Umrissen vielleicht nur schemenhaft erkennbaren und sich verändernden Bau halten und bei denen wir selbst Halt finden.

Und diese Pfeiler gibt es. Sie entfalten ihre Wirkung. Wenn ich nun heute von Zusammenhalt spreche, dann ist dies auf eine pluralistische demokratische Gesellschaft zu beziehen, die sich ihrer Heterogenität sehr bewusst ist, die Vielfalt als Chance begreift und die alle, unabhängig von ethnischer Herkunft, sozialem Status, ob Ost oder West, Alt oder Jung, Frau oder Mann als gleichberechtigte Mitglieder anerkennt und einbezieht. Unsere Nationalhymne formuliert es wunderschön, was ich meine: „Einigkeit“ – nicht Einheit – „und Recht und Freiheit“.

Das ist mir als Bundesminister des Innern ein wichtiges Anliegen und ich freue mich des-



Bundesminister des Innern

Geboren 1954 in Bonn; 1974 bis 1979 Studium der Rechtswissenschaften und Geschichte in Münster und Freiburg, Referendarexamen; 1982 Assessorexamen; 1986 Promotion zum Dr. jur. an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

1983 Mitarbeiter der Regierenden Bürgermeister von Berlin; 1985 - 1989 Leiter des Grundsatzreferats der Senatskanzlei des Landes Berlin; 1990 Mitaufbau des Ministerpräsidentenamts der letzten DDR-Regierung, Mitglied der Verhandlungsdelegation für den Einigungsvertrag; 1990 - 1994 Staatssekretär im Kultusministerium von Mecklenburg-Vorpommern; 1994 - 1998 Chef der Staatskanzlei in Mecklenburg-Vorpommern; ab 10/1999 Chef der Sächsischen Staatskanzlei; 2001 - 2002 Staatsminister der Finanzen in Sachsen; 2002 - 2004 Staatsminister der Justiz in Sachsen; 2004 - 2005 Staatsminister des Innern in Sachsen; 2005 - 2009 Chef des Bundeskanzleramts und Minister für besondere Aufgaben. Seit 28. Oktober 2009 Bundesminister des Innern.

halb, auf dieser bemerkenswerten Veranstaltung zu Ihnen sprechen zu können. Ihr Sonderforschungsbereich wirft einen neuen Blick auf die Grundlagen menschlichen Zusammenlebens. Dazu will ich gerne ein paar einführende Bemerkungen machen.

Ich bin in der Tat der Ansicht, dass es eine Aufgabe des Bundesministers des Innern ist – jedenfalls soweit der Staat zuständig ist –, einen Beitrag dazu zu leisten, dass die Gesellschaft zusammengeführt wird und nicht auseinander.

I. Transzendenz

„Transzendenz und Gemeinsinn“ – so lautet der begriffliche Kompass, mit dem Sie die Zeiten, Gesellschaftsformen und Kulturen in Ihrem Sonderforschungsbereich abschreiten wollen.

Unter Transzendenz verstehen Sie dasjenige, was eine soziale und politische Ordnung des Zusammenlebens begründet und Verbindendes schafft, das, was eine Gesellschaft – im Sinne des lateinischen Wortes – überschreitet, es also transzendiert. Solche Transzendenz geht im Wandel nicht unter und sie bildet den Bezugsrahmen für die Auseinandersetzungen um Sinn und Zweck des gemeinsamen Handelns.

Hier sind an herausragender und für mich an erster Stelle Religion und Glauben zu nennen, immer wieder totgesagt und doch sehr lebendig.

Es gibt natürlich ein gewisses Nachlassen kirchlicher Prägung und das Vordringen anderer Religionen oder von Religionsverweigerung und Religionsnihilismus. Dies verändert unsere kulturelle Identität und erweitert unsere christlich beeinflussten Vorstellungen vom guten Zusammenleben. Es hebt sie jedoch nicht auf. Und wir sollten auch nicht so tun, als ob in früheren Zeiten über Jahrhunderte ausschließlich Menschen gelebt hätten, denen das Leben eines Christenmenschen über alles andere gegangen wäre.

Religionsgemeinschaften sind wichtig, zuvörderst natürlich für die Orientierung im Glauben und innerhalb der Organisation Kirche, dann

aber auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie wirken sinnstiftend über das bloße Funktionieren im Alltag hinaus. Sie sind einer der wichtigsten Pfeiler des von mir erwähnten Baus.

Ich erinnere nur an den Ausspruch von Jesus Christus: „Amen, ich sage euch: Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan.“ (Mt 25,40) Hier wird deutlich, wie die Liebe zu Gott auch als soziales Band in der Gemeinschaft wirkt und in die Gesellschaft hineinwirkt.

Die Kirchen sind, wie andere Institutionen auch, nicht unabhängig von gesellschaftlichen Einflüssen. Sie sind auch nicht ohne Fehl und Tadel. Gerade deshalb besteht hier wie überall in der Gesellschaft die Notwendigkeit einer ehrlichen Auseinandersetzung über konkrete Verantwortlichkeiten und Verfehlungen. Ich warne umgekehrt aber vor ungebührlichen Verallgemeinerungen und Pauschalverurteilungen.

Zurück zum Thema: Zu den Dingen, die Verbindungen zwischen ganz unterschiedlichen Menschen schaffen, gehören auch zivilreligiöse Elemente, die das Bedürfnis der Menschen nach einem höheren, dem Alltag entrückten Zusammenhalt spiegeln. Sie können sich in nationalen Symbolen oder dem Stolz der Menschen auf bestimmte Werte, die sie sich zuschreiben, ausdrücken. Robert Bellah hat das für die USA als gesellschaftliche Bindungskraft beschrieben. Sie als Sekundärtugenden abzutun, halte ich für falsch und gefährlich. Ein gemeinsames Verständnis von dem, „was man tut“ oder „was man nicht tut“, ist konstitutiv für das Überleben von Gesellschaften, egal wie es begründet oder eben einfach nur akzeptiert wird.

Auch Sprache spielt als Rahmen für Gemeinschaftlichkeit eine kaum zu überschätzende Rolle. Wer einander nicht versteht, kann sich auch schwer auf etwas Gemeinsames verständigen.

Das ist natürlich besonders wichtig für die Integrationspolitik. Hier müssen die Angebote für Kinder aus Zuwandererfamilien noch früher ansetzen. Sie müssen vermitteln, dass es Sinn macht und Perspektiven schafft, gut Deutsch zu sprechen, ebenso wie wir Fremdsprachen

lernen und pflegen sollten, um uns für Europa, für die Welt zu öffnen. Sprache ist jedenfalls auch eine transzendente Bedingung für Gemeinschaft in Gesellschaft.

Um uns gegenüber dem Ungewohnten und Fremden wirklich zu öffnen, brauchen wir auch ein positives Verständnis von Heimat und Herkunft. Es gibt ein ausgeprägtes menschliches Bedürfnis, sich irgendwo zuhause zu fühlen, sich zu kennen und auszukennen. Deshalb ist ein Zuhause und auch Heimat als vertrauter Ort wichtig, nicht nur für Kinder.

Je mehr Kinder in gewohnter Sicherheit groß werden können, desto eher sind sie in der Lage, den vertrauten Kreis zu vergrößern und zu verlassen. Sie können das Fremde dann leichter als Bereicherung annehmen, ohne in ihrer eigenen Zugehörigkeit verunsichert zu sein. Wachsen Kinder ohne diese Vertrautheiten und Sicherheiten auf, haben sie es schwerer, einen Platz in der Gesellschaft zu finden und Menschen anderer Herkunft ohne Ressentiments zu akzeptieren.

Heimat und Herkunft sind nicht nur individuell ein Bedürfnis, sondern auch sozial und kollektiv und insoweit auch Teil von Transzendenz einer Gesellschaft.

Zu den Voraussetzungen guter Gemeinschaftlichkeit in einer freiheitlichen Demokratie gehört ganz gewiss auch eine halbwegs gerechte Verteilung von Chancen. Es schwächt den Zusammenhalt und kann ihn sogar bedrohen, wenn einige wenige sich schamlos bereichern und die Mehrheit die Risiken und Kosten zu tragen hat. Ebenso wichtig ist es, dass wir Teilhabechancen gerecht verteilen. Das gilt für die Bildungs- und Arbeitswelt genauso wie für politische Entscheidungen.

Der Staat hat hier die Aufgabe, Menschen mit schlechten Ausgangschancen unter die Arme zu greifen, ohne ihnen das Laufen abzunehmen, wie er auch die Aufgabe hat, jenen auf die Finger zu klopfen, die ihre eigene Stellung auf Kosten der Allgemeinheit ausnutzen.

Als Innenminister füge ich noch eines hinzu: Ein gutes Miteinander, der Zusammenhalt der Gesellschaft funktionieren auch nicht ohne öffentliche Sicherheit. Wer sich nicht sicher fühlt, baut Mauern um sich

herum und schottet sich ab. Sicherheit ist ein öffentliches Gut, es ist ein für den Zusammenhalt konstitutives Gut und keine Privatsache. Sie ist die Basis für den individuellen Verzicht auf Gewaltausübung. Das Gewaltmonopol des Staates ist für den Zusammenhalt jeder Gesellschaft ebenso konstitutiv.

II. Gemeinsinn

Während sich mit dem Begriff „Transzendenz“ verschiedenartige Ressourcen und Grundlagen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt bündeln lassen, verstehe ich unter „Gemeinsinn“ eine besondere und besonders wertvolle Quelle von Zusammenhalt.

Ich bin überzeugt: Eine moderne demokratische Gesellschaft braucht einen solchen Gemeinsinn, der mehr ist als ein Gleichklang spezifischer Ego-Interessen. Eine demokratische Gesellschaft benötigt Bürger und Gruppen von Bürgern, die sich verantwortlich fühlen für das Ganze, die nicht nur berechnete partikuläre Interessen verfolgen, sondern ihr Handeln auch durch eine Gesamtverantwortung mitbestimmen lassen, ja auf die Gemeinschaft hin ausrichten.

Gemeinsinn – das ist etwas anderes als die Verantwortung oder die Solidarität, die wir als Eltern für unsere Kinder empfinden. Er ist auf etwas Größeres und Schemenhafteres bezogen, hat wohl auch eine stärker reflexive Komponente. Gemeinsinn – dazu gehört nicht zuletzt eine Haltung des bürgerschaftlichen Engagements und der Selbstbegrenzung der eigenen Freiheit für Andere.

Haltungen, die Gemeinsinn repräsentieren, sind Haltungen, die auf die Gesellschaft ausgerichtet sind, nicht auf eine Gemeinschaft, nicht auf eine Familie, nicht auf das eigene Fortkommen. Natürlich können und sollten dabei auch eigene Interessen berücksichtigt werden, und seien es die, in der Gesellschaft gebraucht zu werden und sich daran freuen zu können. Auch Formen von Zivilcourage, das Mitwirken an einer Kultur des Hinschauens statt des Wegsehens bei Diskriminierung und Gewalt

gegen andere Menschen gehören hierzu.

Manche Gesellschaftsanalysen legen heutzutage eine eigentümliche Freude an Untergangsszenarien und Verfallsdiagnosen an den Tag. Oswald Spengler lässt aus vielen Veröffentlichungen grüßen. Dem begegnen wir auch vielfach bei unserem Thema.

Dahinter steht meist die Annahme, dass festgefügte Strukturen, die unsere Gesellschaft angeblich über Jahrhunderte so prächtig zusammengehalten haben, irgendwie zusammengebrochen sind, nichts Neues erkennbar ist, das sie ersetzen könnte, und nun das große Elend ausbricht. Gesellschaftliche Veränderungen haben aber meistens zwei Seiten. Es ist selten alles schlecht. Und selten war früher alles gut.

Die Triebkräfte der solchermaßen diagnostizierten Fehlentwicklungen für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Gemeinsinn werden beklagt: Globalisierung, Rationalisierung, soziale Differenzierung, Mobilität, Flexibilisierung, Individualisierung, Säkularisierung, technologische Entgrenzung, zügelloser Medienkonsum, mangelnde Intimität, um nur manche zu nennen. Einkehr und Umkehr werden gefordert oder, wenn man so will: mehr Gemeinschaft.

Ich halte diese Sicht für wenig produktiv und auch für sachlich nicht angemessen. Es ist zwar richtig: Unsere Welt verändert sich ständig, vieles formt sich um, Ablösungsprozesse sind schmerzhaft. Aber es entstehen immer auch neue Ressourcen und Quellen des Zusammenhalts, durch die Kraft der Freiheit im Handeln freier Bürger. Und manche Gewissheit aus früheren Tagen hatte auch etwas Immobiles, Schwerfälliges, Hemmendes.

Gab es im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation mit seinem ständisch geprägten Oben und Unten ein größeres Wir-Gefühl? Hatte ein Fürst, der sein Dienstmädchen schwängerte und es dann fristlos entließ, mehr Verantwortungsbewusstsein als ein moderner Arbeitgeber? Gab es im Deutschen Bund mit seiner Kleinstaaterei einen größeren Sinn für das Gemeinsame? Wäre der Weberaufstand von 1844, bei dem sich im Vorfeld jahrelang keiner um das Elend der Betroffenen gekümmert hat, heute noch denkbar? War das Kaiserreich mit seinen Kulturkämpfen

und seiner explosiven sozialen Frage wirklich ein Hort der Solidarität? Wie groß war denn der bürgerliche Zusammenhalt der demokratischen Mitte in der Weimarer Republik? Zweifel sind angebracht.

Nicht selten sind es alte Eliten, denen die Deutungshoheit durch die Veränderungen abhanden zu kommen droht, die besonders laut klagen. Und wir sollten auch berücksichtigen, dass sich der gesellschaftliche Zusammenhalt in seiner Lebendigkeit und Wirkungsstärke nicht unbedingt im normalen und störungsfreien Alltag am sichtbarsten bewährt, sondern wenn Not und Mangel regieren. Das ist bei uns im größeren Umfang zum Glück selten der Fall. Dann aber ist die Hilfs- und Spendenbereitschaft ungebrochen groß.

In der Tat gibt es natürlich auch Entwicklungen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt, wie wir ihn heute kennen, umformen, auch beeinträchtigen können. Positive Weiterentwicklungen entstehen nicht von selbst. Aber Veränderungen lösen auch keinen Automatismus aus, der in den Untergang des Abendlandes führen würde.

Denken wir daran: Veränderungsprozesse haben im Gang der Geschichte immer wieder neue Formen der Vergemeinschaftung hervorgebracht, so dass wir beides haben: Phänomene der Individualisierung und gleichzeitig das Bedürfnis nach neuer, und vielleicht anderen Formen von Gemeinschaft und Geborgenheit, das sich zum Beispiel in anderen Vereinen, anderen Strukturen, in themenbezogenem Engagement oder auch in anderen Aktivitäten in Religionsgemeinschaften ausdrückt als bisher. Nicht weniger, aber vielleicht ungewohnt und anders.

Wichtig ist, dass wir den Handlungsbedarf, der mit solchen Veränderungen einhergeht, sehen und überprüfen, wo der Staat gefordert ist und wo die Bürgergesellschaft bessere Lösungen hervorbringt. Das Pendel darf ausschlagen, es muss aber wieder zurück ins Lot kommen, woran ich keinen Zweifel habe.

Den gesellschaftlichen Zusammenhang stärken: Der Staat kann hierzu einen Beitrag leisten, der aber zwingend unvollkommen bleiben darf, kann und sogar muss. Was der Staat nicht kann, überlässt er den Bür-

gern. Das ist eine gute Nachricht, eine freiheitliche Nachricht. Es ist unser Freiraum, es ist unsere Verantwortung, denn es ist unsere Gesellschaft.

III. Bürgerschaftliches Engagement

Rund 36 Prozent der Bevölkerung (über 14 Jahre) in Deutschland engagieren sich freiwillig. Das ist keine Selbstverständlichkeit und international Spitze.

Neue Untersuchungen haben festgestellt, dass das Engagement in den östlichen und den westlichen Ländern unterschiedlich stark ausgeprägt ist. In den ostdeutschen Ländern liegt die sogenannte „Engagementquote“ bei 31 Prozent, in den westdeutschen Ländern bei 37 Prozent. In Sachsen zum Beispiel gibt es aber auch einzelne Landkreise und Städte mit deutlich überdurchschnittlichen Engagementquoten von über 50 Prozent, in Annaberg etwa. Auch sonst gibt es manche Unterschiede. Anders als in Westdeutschland ist in Ostdeutschland das Engagement zwischen 1999 und 2004 deutlich gestiegen, danach allerdings nicht mehr.

Woran liegt das? Die Unterschiede zwischen Ost und West liegen den Untersuchungen zufolge jedenfalls nicht in der Wertorientierung der Bevölkerung, was viele gleich vermuten würden. Hier wie dort ist der Anteil der Menschen ungefähr gleich, denen es wichtig ist, sozial Benachteiligten und sozialen Randgruppen zu helfen.

Unterschiede gibt es aber in anderen Bereichen: Die Sozialstruktur ist in Ostdeutschland weniger traditionell geprägt als im Westen Deutschlands. In Ostdeutschland engagieren sich eher sozial Gleiche mit Gleichen und weniger als im Westen Deutschlands Angehörige des Mittelstands für sozial schlechter Gestellte. Auch existieren die traditionellen Engagementstrukturen in den östlichen Ländern nach Jahrzehnten der Diktatur weniger.

Dafür funktionieren zum Teil andere Strukturen wie etwa die „Volkssolidarität“. Hier wird durch persönliche Begegnungen Gemeinsinn praktiziert.

Wir benötigen ansprechende Formen von Anerkennung. Wir müssen

genau hinsehen, was die Menschen suchen und dann entsprechende Formen der Würdigung, auch altersgruppenspezifisch, entwickeln.

Es ist deutlich, dass wir neue Formen gesellschaftlicher Zusammenarbeit in Ost und West benötigen, engagementfördernde Infrastrukturen und den Erhalt öffentlicher Orte der Begegnung. Das Beklagen von vermuteten Werterhaltungen, die ein Engagement angeblich verhindern, sind zwar vielleicht klug in der Analyse, bringen uns aber in der Verbesserung unserer Gesellschaft nicht weiter.

IV. Neue Gemeinschaften: Internet

Bemerkenswert ist auch die relativ neue Erscheinung von Netz-Communities, die sich zu bestimmten Themen in enormer Geschwindigkeit zusammenfinden. Binnen Stunden werden Großtreffen mit Kurzvorträgen, Resolutionen und Abstimmungen organisiert.

Kritische Beobachter beklagen gerne, dass das Internet die Enthemmung und Vereinzelung in unserer Gesellschaft vorantreibt und konkretes Engagement hemmt. Das mag sein. Ich glaube aber, dass dies insgesamt zu kurz gedacht ist.

Es geht mit dem Begriff schon los. Man spricht von der Netz-Gemeinde. Ist das Zufall oder steckt da nicht mehr dahinter? Beim Internet werden oft wieder Kategorien des Verfalls angelegt, wo wir eher fragen sollten, was sich umformt und was hier an Neuem entsteht. Warum sollte zu den Antworten, was unsere demokratische Gesellschaft im Jahr 2010 in der Bundesrepublik zusammenhält, nicht auch das Internet mit seinen beständig wachsenden sozialen Netzwerken gehören?

Hier sind von überwiegend jüngeren Menschen – und zunehmend auch von staatlicher Seite – ganz neue Formen demokratischer Beteiligung denkbar und auch schon geschaffen worden, die sehr viele Personen einbinden können und die schon Erstaunliches geleistet haben. Die Politik jedenfalls hat dazugelernt und nimmt die Anliegen der Netzgemeinde sehr ernst.

V. Migration und Integration

Noch in einem anderen Bereich, der Integration von Zuwanderern, haben Schwarzseher Konjunktur. In der Tat hat die Zuwanderung der letzten Jahrzehnte nach Deutschland unser Gemeinwesen umgeformt, wer wollte das bestreiten? Und wir haben Probleme, auch das ist richtig.

Festzuhalten bleibt aber auch: Die weit überwiegende Mehrzahl der Zuwanderer teilt unsere grundlegenden demokratischen Wertorientierungen. Ich zitiere aus einer neueren repräsentativen Umfrage der Bertelsmann Stiftung: „Die Menschen in Deutschland halten die Demokratie für die beste aller Staatsformen. Das gilt für Einheimische, Menschen mit Migrationshintergrund und in Deutschland lebende Ausländer gleichermaßen.“

Es gibt eine erhebliche Kritik am Funktionieren der Demokratie, das richtet sich aber eher nach Bildungsstand und sozialer Lage, nicht so sehr nach der Frage des Migrationshintergrundes.

Eine vor wenigen Jahren veröffentlichte Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung attestiert Zuwanderern sogar eine höhere Zustimmung zur Demokratie als Regierungsform, wahrscheinlich begründet in negativen Erfahrungen vieler Einwanderer in ihren Herkunftsländern.

Wir sollten also Abschied nehmen von Deutungen, die nur Unterschiede und Defizite in den Blick nehmen, so sehr wir uns auch um die vorhandenen Probleme kümmern müssen. Wir sollten Befunde aus sozialen Brennpunkten mit hohem Ausländeranteil auch nicht einfach übertragen auf die Gesamtheit der Menschen mit Migrationshintergrund in unserem Land.

Hier sollten Politik und Gesellschaft dazu beitragen, Ängste abzubauen, Verbindendes zu betonen und Teilhabechancen von Zuwanderern zu verbessern. Gleichzeitig müssen wir gegenüber denjenigen, die sich nicht an unsere demokratischen Regeln halten, eindeutige Grenzen ziehen, und das, blind wie Justitia nun einmal ist, unabhängig von der Frage des Herkommens.

VI. Deutsche Islamkonferenz

Über die Bedeutung des Religiösen in einer demokratischen Gesellschaft habe ich bereits gesprochen. Wir brauchen diese Motivation, diese Kraft, die in ihrer Orientierung im Glauben auch eine Orientierung auf den Anderen und die Gesellschaft hin unterstützt. Deshalb auch wirkt der deutsche Staat etwa beim Religionsunterricht mit den Religionsgemeinschaften zusammen.

Die Freiheit der Religionsausübung ist grundrechtlich geschützt, nicht aber die Abschottung vor oder gar die Ablehnung unserer Gesellschafts- und Verfassungsordnung um der Religion willen.

Angesichts der Vielfalt der Religionen sollten wir Gemeinsamkeiten fördern, aber auch Unterschiede akzeptieren. Das bedeutet, für religiöse Vielfalt zu werben und den Angehörigen anderer Religionen in unserem Land, insbesondere den rund 4 Millionen Muslimen, zu helfen, hier heimisch zu werden.

Hier setzt die Deutsche Islamkonferenz an, die ich weiterzuführen beabsichtige. Sie ist ein Signal an die Gesellschaft, Muslime als Teil Deutschlands aufzunehmen, anzuerkennen, anzunehmen. Zum anderen ist sie ein Appell an die Muslime in Deutschland und ihre Organisationen, einen aktiven Beitrag im Integrationsprozess zu leisten.

Die Islamkonferenz lebt von Auseinandersetzungen. Das haben schon die Diskussionen zur neuen Ausrichtung und neuen Zusammensetzung deutlich gemacht, die ich vorgenommen habe.

Die Islamkonferenz zeigt auch, dass wir uns Prozesse, die dem gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land dienen, nicht zu harmonisch vorstellen dürfen. Gerade gemeinsame Konfliktbewältigung stellt eine Form gemeinsamen Handelns dar und schafft etwas, das langfristig Bindungen entstehen lässt.

Das kennen wir im westdeutschen Teil von dem Streit um die 68er, um die Atomkraft, die Ostpolitik, die Nachrüstung, und wir werden es

erleben in ganz Deutschland bei der Umsetzung der Schuldenbremse, mit den gesellschaftlichen Debatten, die die Haushaltskonsolidierung auslösen wird. Das sind Auseinandersetzungen, von denen man gedacht hat, sie würden die Gesellschaft auseinandertreiben. Im Rückblick ist die Auseinandersetzung selbst ein neuer Kitt für die Gesellschaft geworden.

Der Politikwissenschaftler Helmut Dubiel spricht hier von einem Prozess der „Integration durch Konflikt“: Denn wenn wir bereit sind, Konflikte zu regeln und zu lösen, wollen wir etwas Gemeinsames.

VII. Bedeutung des Grundgesetzes

Zusammenhalt in einer demokratischen Ordnung entsteht im Miteinander freier und gleichberechtigter Bürger, oder er entsteht gar nicht.

Die Islamkonferenz ist ein Beispiel dafür, wie staatliches Handeln fördernd und unterstützend eingreifen kann. Aber Zusammenhalt ist nichts, was der Staat mit den klassischen Mitteln der Rechtssetzung anordnen oder durchsetzen könnte. Er kann es um der Freiheit willen nicht. Und das ist eine gute Nachricht.

Gleichwohl hat auch unsere Rechtsordnung, unser Grundgesetz eine erhebliche Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, alleine schon dadurch, dass sie Freiheitsrechte definiert und schützt, Mitwirkungsmöglichkeiten nennt und verbürgt und Felder des Zusammenwirkens unterschiedlicher Ebenen und Institutionen so klug regelt, dass alle Seiten damit leben können.

In den letzten gut 60 Jahren konnten wir alle Gefährdungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts unter und mit dem Grundgesetz bewältigen, wenn auch mit Änderungen des Grundgesetzes. Aber: die bundesstaatliche Einheit unseres Staatswesens steht außer Frage. Separatistische Bestrebungen, wie sie nahezu alle großen westeuropäischen Staaten beschäftigt haben – und manche bis heute beschäftigt –, sind unter dem Grundgesetz ausgeblieben. Bewegungen, die sich gewaltsam gegen die Gesellschaft gewandt haben, wie die RAF, konnten letzten Endes mit den

Mitteln des Rechtsstaats erfolgreich überwunden werden.

Ohne den verfassungsrechtlichen Auftrag hätte auch die deutsche Einheit nicht so reibungslos verwirklicht werden können. Es war das Verfassungsrecht in der Auslegung durch das Bundesverfassungsgericht im Grundlagenvertragsurteil, das das Ziel der deutschen Einheit verbindlich gehalten hat – auch dann noch, als der politische und gesellschaftliche Konsens hierfür im Westen Deutschlands an vielen Stellen brüchig geworden war.

Vor 20 Jahren haben die Menschen in Dresden, Plauen, Leipzig, Berlin und anderswo dann eindrucksvoll bewiesen, dass sie die in der DDR praktizierte Form der freiheitslosen Volksfürsorge nicht mehr akzeptierten und sich selbst für eine bessere Gesellschaftsordnung einbringen wollten.

Und dann war unser Grundgesetz einigungstauglich, im Vereinigungsprozess und im Ergebnis.

VIII. Rolle des Staates

Was aber kann der Staat innerhalb des Rechtsrahmens unseres Grundgesetzes aktiv unternehmen, um den Zusammenhalt zu fördern? Welche Rolle kann er ausfüllen, wenn er nicht selbst gemeinsame Werte oder so etwas wie eine Leitkultur vorgeben und ausfüllen kann? Was kann er tun über die finanzielle Förderung ehrenamtlicher und gemeinnütziger Strukturen hinaus?

Zum einen kann er neue Beteiligungsverfahren entwickeln, die geeignet sind, den Sinn der Bürger für das Gemeinwesen zu stärken und sie zu motivieren, Anteil zu nehmen an dem, was durch politische Mehrheiten entschieden wird – in der Hoffnung, dass dies insgesamt die Engagementbereitschaft, den Gemeinsinn und das Zugehörigkeitsgefühl zur Gesellschaft erhöht. Transparenz und die Einfachheit der Verfahren spielen hierbei eine wichtige Rolle.

Zum anderen kann er auch in der Substanz dazu beitragen, Bindekräfte in unserer Gesellschaft zu festigen, indem er Fliehkräfte redu-

ziert. Dies kann er, indem er die Bürger gegen elementare Existenzrisiken absichert und Erfolg in gewisser Weise vergemeinschaftet – beides aber muss maßvoll geschehen, weil sonst wieder andere Fliehkräfte entstehen.

Wer sich um sein tägliches Brot keine Sorgen machen muss, kann sich leichter auch um andere kümmern. Armut dagegen führt oft dazu, dass Einzelne ihre Teilhabechancen nicht wahrnehmen können und dass sie aus der Gestaltung des Gemeinwesens herausfallen, selbst wenn sie jede Menge Gemeinsinn einzubringen hätten.

Nicht nur angesichts knapper Kassen bleiben aber auch staatliche Transferleistungen an Hilfsbedürftige eine Herausforderung für den Zusammenhalt. Man sieht das an den Diskussionen um Hartz IV immer wieder. Die einen glauben, sie geben zu viel. Die anderen denken, sie bekommen zu wenig.

Die Frage nach der richtigen und ausgewogenen Ausgestaltung des Sozialstaatsprinzips muss also immer wieder neu beantwortet werden, und zwar auf der Basis des Subsidiaritätsprinzips. Das ist eine wichtige, ordnende Aufgabe des Staates zum Zusammenhalt der Gesellschaft.

Wichtig ist, dass der Staat nicht mehr fordert oder verspricht, als er halten kann. Hier müssen wir ehrlich zueinander sein. Der Staat sollte nicht suggerieren, alle Probleme lösen zu können, auch nicht in Wahlkämpfen. Ein Staat, der sich über seine eigene Begrenztheit im Klaren ist, ist im Übrigen kein schwacher Staat, sondern er wird stark, indem er auf die Kraft der freien Bürger setzt.

Der Staat ist kein Schwächling und er darf keiner werden. Der demokratische Sozialstaat ist selbstbewusst, d.h. sich selbst und seiner Grenzen bewusst, und deshalb stark.

Bei aller gebotenen Solidarität für Menschen in Not: eine Verlagerung von Verantwortung auf den Staat enthält immer auch die Gefahr, den Einzelnen weniger verantwortlich werden zu lassen. Eine freiheitliche Gesellschaft, wie sie im Grundgesetz konzipiert ist, basiert auf dem Verständnis, dass die Menschen eigenverantwortlich etwas für sich leis-

ten und für andere Verantwortung mit übernehmen und einen Beitrag für die Gemeinschaft erbringen.

Wir haben hier eine Wechselbeziehung zu beachten: Das Vertrauen der Bürger in den Staat ist eine notwendige Voraussetzung für das Funktionieren der demokratischen, auch der sozialen Ordnung. Das Vertrauen in die Gestaltungskraft der Bürger ist andererseits eine starke Ressource eines Staates, der sich seiner Begrenztheit bewusst ist.

Gesellschaftliche Fliehkräfte mindern: das tut der Staat auch, indem er gegen Extremismus und Gewalt vorgeht. Extremistische Organisationen und Ideologien nehmen das Bedürfnis der Menschen nach Anerkennung, Stärke und Geborgenheit auf, missbrauchen es aber für menschenfeindliche und ausgrenzende Haltungen. Das macht sie gefährlich.

Aufklärung, Bildung und Teilhabe, frühkindliche Förderung als Vorbereitung auf die Anforderungen einer modernen Gesellschaft – all dies ist notwendig, wenn wir den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärken und Hasspredigern jeglicher Couleur den Wind aus den Segeln nehmen wollen.

Dazu brauchen wir natürlich auch Gewalt- und Extremismusprävention im engeren Sinne. Und wir brauchen hier auch Grenzen und Repression, wenn alle Prävention nicht hilft.

Staat und Bürger sollten auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse und der großen gesellschaftlichen Ressourcen, die wir haben, den Zusammenhalt in unserem Land stärken. Je schemenhafter der Bau unserer Gesellschaft, umso sichtbarer müssen dessen Pfeiler sein.

Prometheus, der den Menschen das Feuer brachte, hieß so, weil er vorausdachte. Sein Bruder hieß Epimetheus, weil er den Dingen nur hinterherzudenken vermochte. Genau das sollten wir nicht tun. Wir brauchen also mehr prometheische Fähigkeiten in unserer Gesellschaft als epimetheische.

Es ist an der Zeit, uns nüchtern Klarheit zu verschaffen und nicht die Vergangenheit zu verklären. Auf dieser Grundlage müssen wir unterscheiden, was sich bewährt hat und was nicht, was wir brauchen und was nicht.

Sind wir mit dem, was wir tun, um den Zusammenhalt zu stärken, auf dem richtigen Weg? Sind die vielen Maßnahmen, die Staat und Zivilgesellschaft in unterschiedlichsten Bereichen mit Millionenbeiträgen fördern und umsetzen, wirklich wirkungsvoll?

Es wäre keine gute Antwort, wenn wir, ohne die Befunde der Wissenschaft ernst zu nehmen, zu der Aussage kämen, die ein amerikanischer Sachbuch- und Romanautor einmal sehr schön zugespitzt hat: „Wir haben uns verirrt, kommen aber gut voran!“

Die Befunde und Erkenntnisse Ihres Sonderforschungsbereiches tragen hoffentlich dazu bei, dass wir uns nicht verirren, dass Politik und Gesellschaft gute Antworten auf die Herausforderungen des Wandels finden. Dazu wünsche ich Ihnen und uns allen viele kluge und fruchtbare Einsichten.

Gäste aus Politik, Kultur und Wissenschaft verfolgten die Eröffnungsreden und die anschließende Diskussionsrunde.

FOTO: SFB 804



Impressum

Herausgeber

Der Sprecher des SFB 804
V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Hans Vorländer

Satz und Layout

Nick Wagner

Druck

SDV Direct World GmbH

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen
des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des
Herausgebers unzulässig. Das gilt insbesondere
für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und
Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Sonderforschungsbereich 804
Zentrale Geschäftsstelle/Öffentlichkeitsarbeit
Technische Universität Dresden
01062 Dresden
